

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation Hamburg

a.o. Landesparteitag 19.09.2015

Beschlussbuch

Überschrift	Beschlusstext	Adressat
Flüchtlingspolitik: Wir stellen uns der Herausforderung!	<p><i>-beschlossene Fassung-</i></p> <p>Flüchtlingspolitik: Wir stellen uns der Herausforderung!</p> <p>In Europa, auf Bundesebene, in Hamburg und in den Bezirken</p> <p>Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen und hier Schutz suchen, nimmt seit mehreren Jahren zu. Wurden 2012 noch rund 65.000 Asyl-Erstanträge gestellt, waren es 2013 über 109.000 und 2014 über 173.000 Erstanträge. Nach der neuesten Prognose des Bundesinnenministers wird damit gerechnet, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen werden – das wären etwa viermal so viele wie im Vorjahr. Und nach den letzten Wochen gibt es deutliche Anzeichen, dass auch diese Prognose deutlich überschritten wird.</p> <p>Nach dem "Königsteiner Schlüssel" nimmt das Bundesland Hamburg jedes Jahr rund 2,5 Prozent der Gesamtzahl der nach Deutschland einreisenden Asylbewerber auf. Im Jahr 2014 hat Hamburg mehr als 6.600 Flüchtlinge aufgenommen, von denen rund 6.000 in öffentlichen Unterkünften untergebracht wurden. Für das Jahr 2015 rechnet die Innenbehörde mit</p>	EP- S&D Fraktion Parteivorstand BPT Bu'Fraktion Senat Bü'fraktion SPD Bezirks-

	<p>aller Teilnehmer im Stromversorgungssystem aktiviert und genutzt werden und ggf. bestehende Hemmnisse und Fehlanreize beseitigt werden.</p> <p>Bei der Ausgestaltung sollten dezentrale Flexibilisierungen neuen zentralen Einheiten vorgezogen werden, damit der Trend zur Akteursvielfalt weiter unterstützt und die regionale Wertschöpfung weiter gestärkt wird.</p> <p>Sollten zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit zusätzliche Maßnahmen erforderlich werden, sind grundsätzlich eher kurzfristig bindende Maßnahmen (wie z.B. die „Kapazitätsreserve“) als langfristig bindende Maßnahmen (wie z.B. „Kapazitätsmechanismen“) zu treffen, um die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung zu fördern.</p>	
Kunststoffverbot	<p>- geänderte Fassung -</p> <p>1. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat mögen darauf hinwirken, dass entsprechend der EU-Richtlinie eine deutliche Reduzierung der Einwegkunststofftüten im Einzelhandel erreicht wird.</p> <p>2. Der SPD-Bundesparteitag soll darauf hinwirken, dass die Kennzeichnungspflicht von Produkten hinsichtlich des Inhaltes von Mikroplastik in Produkten auf lange Sicht vermindert wird.</p>	<p>Senat</p> <p>Bü'Fraktion</p> <p>BPT</p>
Washingtoner Artenschutzübereinkommen prüfen	<p><i>-beschlossene Fassung-</i></p> <p>Washingtoner Artenschutzübereinkommen prüfen</p> <p>Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD.</p> <p>Die SPD möge sich dafür einsetzen, die Schutzfunktion für Knorpelfische durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen zu prüfen und den Schutz der Fische in ökologisch-wirtschaftlicher Hinsicht, insbesondere eine den Umweltmedien gerechte Fischerei, zu stärken.</p>	<p>BPT</p>